

Antrag

**der Abgeordneten Olaf Ohlsen, Rüdiger Kruse, Barbara Ahrons, Dittmar Lemke,
Aygül Özkan (CDU) und Fraktion**

**der Abgeordneten Jenny Weggen, Jens Kerstan, Martina Gregersen,
Horst Becker, Farid Müller (GAL) und Fraktion**

Betr.: Landstrom für Hamburg

Hamburg wächst am und im Hafen: Mit der HafenCity wird ehemals für den Warenumschlag genutztes Gebiet einer Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten zugeführt. Containerverkehr und Stückgutumschlag bewegen sich auf hohem Niveau. Zudem wird Hamburg von immer mehr Kreuzfahrtschiffen angelaufen.

Hafenbetrieb ist immer auch mit Emissionen verbunden. Die meisten Schiffe werden mit Schweröl betrieben – einem Rückstandsöl, belastet mit Schwefel und Schwermetallen. Bei der Verbrennung werden große Mengen an Schwefel- und Stickoxiden sowie Feinstaub- und Rußpartikel freigesetzt.

Große Seeschiffe stoßen bei Fahrt über 100.000 Kilogramm Abgase pro Stunde aus. Auch während der Liegezeit an der Kaimauer laufen die Motoren weiter und geben nach wie vor Schadstoffe in die Luft ab. Daher geht von den Schiffsemissionen eine gesundheitliche Belastung für die Menschen aus, die in der Umgebung wohnen und arbeiten. Es sind ebenso schädliche Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen sowie – durch saure Niederschläge – auf den Boden zu beobachten. Es ist im gesamtstädtischen Interesse, die Emissionen möglichst gering zu halten beziehungsweise zu reduzieren, besonders in der Nähe von Wohngebieten.

Bereits seit ein paar Jahren gibt es in einer Reihe von Ostseehäfen erste Aktivitäten, Landstromanschlüsse vorzuhalten. Einer der Vorreiter in Deutschland ist Lübeck, wo es seit Mai 2008 eine Landstromanlage für eine regelmäßig verkehrende Fährlinie gibt, die erfolgreich arbeitet.

Der Einsatz moderner Technologien kann einen wesentlichen Beitrag zur Senkung von Stick- und Schwefeloxidemissionen sowie Feinstaub leisten. Bei der externen Versorgung von Schiffen mit Strom werden 90 Prozent weniger Schadstoffe in die Luft gestoßen – die Luftqualität verbessert sich somit enorm. Deshalb braucht Hamburg eine umweltfreundliche Stromversorgung für die Schiffe während ihrer Liegezeiten im Hafen. Die Voraussetzung für die sinnvolle Implementierung einer Landstromversorgung besteht in einer einheitlichen Norm. Eine Vorversion des normierten EN/IEC-Anschlusses wurde kürzlich vorgestellt, mit einer Endversion ist im Laufe des Jahres 2010 zu rechnen. Einer Umsetzung der Landstromversorgung für Hamburg steht somit nichts mehr im Wege.

Vorgaben der EU fordern entweder eine Landstromversorgung oder die Verwendung von deutlich schwefelärmeren Kraftstoffen von Schiffen im Hafen ab dem Jahr 2010. Eine Energieversorgung von Land wäre hierbei die eindeutig bessere Alternative, da Schwefel nicht der einzige Schadstoff ist, der bei der Verbrennung von Schweröl freigesetzt wird. Die Einführung der Landstromtechnik würde zu einer deutlichen Verbesserung der Luft- und Lebensqualität im Hafen und Umgebung beitragen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. die Eignung von Landstrom, Erd- beziehungsweise Flüssiggas und Brennstoffzellen zur Stromversorgung von Seeschiffen unter emissionsrelevanten und wirtschaftlichen Aspekten zu prüfen und zu bewerten sowie ein Konzept für die Energieversorgung von Schiffen an den Kreuzfahrtterminals HafenCity und Altona zu erarbeiten,
2. zu prüfen, ob an weiteren Terminals im Hamburger Hafen in Form von Pilotprojekten Stromversorgung von Land eingeführt werden kann. Im Vordergrund stehen sollte dabei die Berücksichtigung der Landstromtechnik bei neu gebauten Terminals sowie Aufrüstmöglichkeiten für bestehende Containerterminals in öffentlicher Hand,
3. unter Ausschöpfung von Fördermöglichkeiten sowie anderer unterstützender Maßnahmen Pilotprojekte nach Möglichkeit auch mit privaten Partnern zu initiieren,
4. zu prüfen, inwiefern die geplanten Stadtwerke bei Aufbau des Systems beziehungsweise als Stromversorger einbezogen werden können,
5. sich für international einheitliche Emissions- und Nutzungsstandards einzusetzen und
6. der Bürgerschaft über die Ergebnisse bis zum 31.12.2009 zu berichten.